

## Ein heißer Wahlkampfsummer in den USA

# Was muss ein amerikanischer Präsident können und sein?

Im politischen Leben Amerikas fällt das Sommerloch dieses Jahr aus. Im Herbst wird schließlich der Präsident gewählt. Und weil es um den Posten des wichtigsten Machthabers der Welt geht, des Leaders der Weltordnungsmacht schlechthin, genießt jede Wendung im amerikanischen Wahlkampf die Aufmerksamkeit der ganzen Welt. An Wendungen hat es bislang auch nicht gefehlt: Das erste direkte Aufeinandertreffen der beiden Kandidaten gerät zu einem dermaßen großen Desaster für die Demokraten, dass Trumps erneuter Wahlsieg eine sichere Wette zu sein scheint. Gleich danach fällt der Supreme Court zwei Grundsatzurteile, die zwei Herzensanliegen Trumps realisieren: einen Tiefschlag gegen die lästigen amerikanischen Regulierungsbehörden und einen Todesstoß für alle Versuche, einen Präsidenten für seine Taten im Amt strafrechtlich zu belangen. Trump wird dann innerhalb von einigen Tagen Opfer eines Attentats, das ihn nur stärker macht, von der Anklage der Veruntreuung geheimer Regierungsdokumente vorläufig freigesprochen, auf dem Parteitag der Republikaner als Messias gekrönt und von den Umfragen als eindeutig aussichtsreichster Bewerber ums höchste Amt bestätigt. Doch schon einige Wochen später ist nichts mehr sicher: Nachdem Biden versichert, nur der Allmächtige selbst könne ihn von einer weiteren Kandidatur abhalten, verzichtet er dann doch plötzlich zugunsten seiner – im Volk noch unbeliebteren – Vize Kamala Harris; entgegen allen Erwartungen trifft die in der Partei wie in der Wählerschaft auf eine Welle von Begeisterung. Schon einige Wochen später überholt sie Trump in etlichen Umfragen.

Da ist der journalistische Verstand voll in seinem Element. Die Sorge, dass die Zeit zum Begreifen und Erklären des einen Ereignisses zu knapp sein könnte, bevor das nächste da ist, plagt die Vertreter dieses Berufs jedenfalls nicht. Der sieht das gar nicht erst vor. Das Geschehen ist für sie vor allem: „interessant!“ und „bedeutend!“ Solche Urteile sind schnell zu haben, ergeben sich eigentlich von selbst. Dafür braucht es bloß einen ungefähren Sinn dafür, wann etwas als sensationell gelten darf – ganz einfach, wenn den Großen Großes und bislang Unbekanntes geschieht. Beides zusammen ergibt einen hohen Neuigkeitswert, der darin besteht, Neugier zu wecken und zu bedienen. Und weil es eben darum geht, sehen sich weder Sender noch Empfänger durch die Vielzahl der Ereignisse überfordert. In der Regel verschluckt einfach der jüngste Vorfall den vorangegangenen und macht eine weitere Befassung mit ihm überflüssig. Oder die Vielzahl und die Verkettung der Ereignisse werden selbst zum spannendsten Thema. Das potenziert sogar den Neuigkeitswert: „Was da alles los ist! Darf man dazu ‚historisch‘ sagen?“

Dagegen befasst sich die folgende Chronik mit etwas, was sehr wenig Neuigkeitswert hat: Lehren aus dem amerikanischen Politsommer über die Sache der amerikanischen Herrschaft. Aber was heißt da eigentlich „die Sache“? Es ist nämlich auffällig, dass der Streit um die Sachen, um die es in dieser so ereignisreichen Phase des Wahlkampfes geht, allenfalls am Rande so etwas wie „Sachthemen“ betrifft, um die sich eine amerikanische Herrschaft erfolgreich zu kümmern hätte: die Wirtschaft und die Inflation, den Arbeitsmarkt und die Einwanderung, die Kriege und die Sittlichkeit der Nation. Es geht aber sehr wohl – darin sind sich alle Seiten einig – um die Hauptsache: Was muss ein amerikanischer Präsident können und sein?

### Das Fernsehduell: ein Kampf um Dominanz

Ende Juni findet das erste Fernsehduell zwischen Trump und Biden statt. Auf einer Live-Debatte besteht insbesondere die demokratische Partei – und zwar ohne Publikum und ohne die Möglichkeit von Zwischenrufen, damit Trump seine übliche Show nicht abziehen kann. Einmal zu einer sachlichen Auseinandersetzung gezwungen, wird der sich in seiner Dummheit und Lügenhaftigkeit schon selbst entzaubern; eine schöne Kontrastfolie, vor der Biden trotz aller unübersehbaren Alterserscheinungen als Inbegriff der Seriosität, insofern als alternativloser Kandidat auftrumpfen kann. So jedenfalls das Kalkül der Demokraten.

Die eine Hälfte des Plans geht ziemlich auf: Trump liefert seine übliche Litanei aus Feindbildern mit allen dazugehörigen Erfindungen, Übertreibungen und Verzerrungen ab: Die Grenze ist eine offene Einladung an Migranten, die in der amerikanischen Blutbahn nichts verloren haben, zumal sie großteils aus Verrückten und Verbrechern bestehen; die Demokraten wollen alle Amerikaner verarmen und schaffen das auch; überhaupt hassen sie das Land und das Volk, das sie am liebsten austauschen würden. Doch Trumps offensichtlich irrealer Hetztiraden nützen Biden wenig. Etwas anderes hat sowieso niemand von ihm erwartet, der gewollte Schock-Effekt bleibt also aus. Denn inzwischen weiß jeder Amerikaner, wie die großzügige dichterische Freiheit zu verstehen ist, die Trump sich so gerne genehmigt: als die überdeutliche Bekundung seiner rücksichtslosen Kampfbereitschaft gegen die Feinde, die seine patriotischen Anhänger als die ihren ansehen sollen. Für diese allgemeine Klarstellung seines Anspruchs auf die Macht und ihre ungehinderte Anwendung ist die polemische Rücksichtslosigkeit, mit der Trump sich seine Gegner und überhaupt die Probleme der Nation so freihändig wie zweckmäßig zurechtdefiniert, das denkbar beste Mittel. Er lässt nämlich keinen Zweifel aufkommen: Er wird *nichts* gelten lassen, was seinem Willen zu „America first!“ widerspricht. Mit jedem Feindbild und jeder dystopischen Notstandsdiagnose kündigt er an, was er mit aller Macht bekämpfen und beseitigen wird. In gewisser Weise realisiert Trump genau mit seinen haarsträubenden Verzerrungen das Ideal eines jeden Politikers der mächtigeren Sorte: Der wird doch nicht gewählt, um Hochachtung vor einer vorfindlichen Realität zu haben, sondern um sie gemäß dem eigenen herrschaftlichen Bedarf zurechtzumachen, sie mit aller Macht zu „gestalten“. Insofern gibt Trump beim Duell bloß eine weitere Aufführung genau der Führungspersönlichkeit, für die seine Anhänger ihn schätzen und die auch den berühmten „swing voters“ offenbar nicht fremd ist: An der Spitze der Nation braucht es vor allem einen starken Anführer, also einen Anführertypen. Und gerade wenn die Nation sich nach parteiübergreifendem Urteil in einem Kampf befindet, in dem ihr Schicksal als größte Macht der Welt entschieden wird, muss der Anführertyp auch eine *Kämpfernatur* sein.

Die andere Hälfte des Plans geht bekanntlich schief. Biden zeigt offensichtliche Zeichen von fortgeschrittener Altersschwäche. Das ist nicht nur überhaupt ein Problem, das scheint sogar noch um einiges schlimmer zu sein als Trumps Vorliebe für „alternative Fakten“. Die tapferen Anhänger Bidens beklagen die Ungerechtigkeit, dass dessen erwiesene Sachkompetenz zugunsten der oberflächlichen Obsession mit seinem Erscheinungsbild ignoriert werde. Da ruft die kundige Öffentlichkeit in Erinnerung, dass es in der langen Geschichte amerikanischer Fernsehdebatten sowieso nie auf Sachkompetenz angekommen ist: Schon kurz nach den Debatten bleiben allenfalls einige markige Sprüche zurück, die irgendwie gesessen haben. Bereits seit dem allerersten Live-Duell zwischen Kennedy und Nixon geht es nämlich darum, welches *Gesamtbild* die Kandidaten als *Führungspersonen* abgeben, wie glaubwürdig präsidientell sie *wirken*. Das verlangt den Kandidaten weniger und zugleich mehr als die souveräne Beherrschung von lauter Sachthemen ab, nämlich die souveräne Bewährung in der Konkurrenz, die anhand der diversen, mehr oder weniger austauschbaren Inhalte geführt wird: Wie viel Überlegenheit strahlt der jeweilige Kontrahent aus, wie locker wird er mit seinen Rivalen fertig – kurz: Wer hat die Debatte *dominiert*? Das gilt bisweilen als Zirkus und das ist es auch. Zumindest einerseits. Doch andererseits wird daran deutlich, was die amerikanischen Wähler tatsächlich wählen, wenn sie in die Wahlkabine marschieren: keinen überlegenen Kopf, sondern einen Staatschef, dessen geistige Fähigkeiten genau so viel wert sind, wie sie für diesen Beruf taugen – als Mittel des Sich-Durchsetzens im Kräfte messen bei der Aneignung und Ausübung der Macht. Also wird auch dieser Zirkus mit allem Ernst begutachtet: Wer kann das am besten – glaubwürdig Führungsstärke verkörpern?

Letztere ist also nicht nur eine, sondern *die* wichtigste Berufsqualifikation. Bebildert wird das derzeit gerne mit der Sorge, das Ausland könnte die Altersschwäche des Präsidenten mit der Schwäche der

Nation selbst gleichsetzen, sodass die Feinde und Rivalen sich die Hände reiben und die Verbündeten mit den Zähnen klappern. Beliebt ist auch das „Drei-Uhr-Telefonanruf“-Szenario: Wäre Biden noch fit genug, um aus dem Tiefschlaf heraus blitzschnell auf Betriebstemperatur zu kommen und in aller Besonnenheit auch die drastischsten Beschlüsse zu fassen – bis hin zum atomaren Weltkrieg? Wohl zu Recht hält niemand das Szenario für albern, denn darin kommt immerhin die tatsächliche Stellung der Nation zum Ausdruck, damit auch das Haupterfordernis der Macht des amerikanischen Präsidenten: Amerika ist nicht nur eine, sondern *die* Weltmacht im Wortsinne; die Durchsetzung ihrer nationalen Sicherheit schließt auch und gerade die jederzeitige Bereitschaft zum Einsatz der ultimativen Waffe ein; akuter Kriegszustand herrscht im Prinzip immer und erfordert den konstanten Beweis totaler globaler Souveränität. Und weil diese Supermacht eben auch eine Demokratie ist, in der das amerikanische Volk seinen Superchef periodisch wählt, werden die Macht der Nation und ihre Erfordernisse in die primitivsten Kriterien menschlicher Vitalität und Stärke rückübersetzt – und in albernste Demonstrationen derselben durch Greise, deren Glaubwürdigkeit von der freien Öffentlichkeit ausgiebig und pluralistisch begutachtet wird. Das Wahlvolk darf dann entscheiden, wer es in der Hinsicht mehr beeindruckt hat.

Offensichtlich ist die Schwäche des Amtsinhabers nach diesem Auftritt nicht mehr wegzudemonstrieren. Unter den Demokraten bricht Panik aus, die die Partei aber schnell in den Griff bekommt; gerade die Parteigranden überführen sie nämlich umgehend ins Taktieren und Manövrieren – in eine Kombination aus der auffälligen trumpistischen Feier von Biden als bestem Präsidenten aller Zeiten und seiner dosierten Demontage. Währenddessen tut Biden mit seinem Beharren auf Weitermachen einiges für den Beweis, dass Trumps konsequente Weigerung, seine damalige Niederlage anzuerkennen, nicht bloß seine narzisstische Besonderheit, sondern ein weiterer Kernbestandteil der präsidientlichen Charaktermaske ist: die ausgeprägte Überzeugung von der eigenen Unverzichtbarkeit für die Nation. Bei seinen anschließenden öffentlichen Auftritten erinnert Biden bis in die Wortwahl hinein an seinen verhassten Rivalen: Er wettet gegen „*die Eliten*“ in der demokratischen Partei, die dem Volk seinen Lieblingspräsidenten wegnehmen wollen, und stellt klar, dass nur er die Nation und ihre Demokratie vor dem Untergang retten kann. [Zu den zwei Grundsatzurteilen des Supreme Court siehe den ungekürzten Artikel im GEGENSTANDPUNKT 3-24]

### Das Attentat auf und die Krönung von Trump

In dem Moment schreitet ein Scharfschütze mit seinen eigenen, dem Vernehmen nach herostratischen Beweggründen ein. Trump wird auf offener Bühne vor seinen Anhängern angeschossen. Kaum fällt er zu Boden, schon übernimmt sein beeindruckender demokratischer Instinkt: Er ergreift die Gelegenheit für eine ikonische Pose, reckt die Faust in die Höhe und ruft mit blutverschmiertem Gesicht „*fight fight fight!*“ in die Menge. Die Kameras sind glücklicherweise zur Stelle, um einen Moment einzufangen, dessen Bedeutung sofort für alle klar wird. Trumps verschwörerisches Gerede von den vielen Bösewichtern, die ihm ans Leder wollen, weil sie seine Anhänger unterdrücken wollen, wird zwar nicht wahr, aber extrem plastisch. Und der Glaube seiner Anhänger an einen Retter, der in der Schlacht gegen den allgegenwärtigen Antiamerikanismus vor keinem Kampf und keiner Gefahr zurückscheut, wird auf spektakuläre Weise beglaubigt.

Großartiger Stoff für den Parteitag der Republikaner, der zwei Tage später beginnt und dessen hauptsächlichster Tagesordnungspunkt ohnehin die einstimmige Huldigung für einen Mann ist, der schon immer weit mehr als der Kandidat einer Partei sein will und als mehr gefeiert wird. Trump ist und bleibt der Anführer einer politischen Bewegung; als solche versteht sich seine Partei umgekehrt immer mehr. In den Tagen vor dem krönenden Abschluss mit der Rede von Trump führen sich die Parteimitglieder auf wie bei seinen berühmten Kundgebungen; sie

bestärken einander wechselseitig in ihrem Anspruch darauf, die einzig wahren Amerikaner zu sein, durch die demonstrative gemeinsame Hingabe an ihren nun erwiesenermaßen göttlich gesegneten Anführer. Der feiert sich wiederum als Inbegriff der Betroffenheit und Berechtigung seiner Anhänger, als Märtyrer und zugleich Schlachtführer für die echten Amerikaner. Wenn er zu Beginn seiner heiß erwarteten Rede mit versöhnlichen Gesten verspricht, diesmal ein „Präsident for all Americans“ zu sein, um dann sogleich zurückzukehren zu seinen üblichen Pöbeleien gegen Politiker und Medien, die ihn nicht lieben, sowie gegen die Einwanderer, die in sein nationales Blut- und Farbschema nicht hineinpassen, dann widerspricht er sich überhaupt nicht. Die Opfer seiner Invektiven zeichnen sich ja gerade dadurch aus, dass sie Nicht-Anhänger Trumps, also unamerikanisch sind. Die verdienen keinen Präsidenten, der ihnen dient, sondern nur einen, der sie bestraft. Damit bietet Trump ein Lehrstück über *das Volk*, das er braucht: eines, das sich auf vollendete Weise eben als Volk aufführt. Das bildet sich die Souveränität des Präsidenten als die *eigene* ein. Was immer seine Anhänger von seiner Regentschaft erwarten – weniger Inflation, das Fernhalten und Rauswerfen der Illegalen, mehr Jesus und weniger Wokeness in Bildung und Kultur –, sie haben alles in der Vorstellung zusammenfallen zu lassen, dass sie von ihrer aktuellen Regierung schlecht, also unamerikanisch behandelt, um ihre Freiheit gebracht werden. So können sie Trumps Versprechen genießen, dass es *ihre* Rache sein wird, wenn er sich gegen seine Feinde durchsetzt – und ihn als Führer begrüßen, der sich durch nichts und niemanden aufhalten lässt.

### farbeROT empfiehlt



Zum Auftakt des Parteitags wird nebenbei auch bewiesen, dass es bei aller Bösartigkeit im „*deep state*“ immer mehr *good guys* gibt, die die systematische Hexenjagd gegen den wahren Volkspräsidenten nicht länger tolerieren: Die Anklage wegen Veruntreuung geheimer Regierungsdokumente wird von einer von Trump nominierten Richterin überraschenderweise eingestampft. Der Sonderermittler hätte hier nie eingesetzt werden dürfen, weil ein solcher Ermittler nur vom Präsidenten selbst – und nicht bloß vom Generalbundesanwalt – eingesetzt werden darf. Das Urteil ist insofern spektakulär, als es eine Praxis außer Kraft setzt, die vor allem auf die berühmte „Watergate“-Affäre zurückgeht und dafür sorgen soll, dass der Ermittler nicht ausgerechnet gegenüber dem Angeklagten weisungsgebunden ist. Der Befund, mit dem der Prozess auf null zurückgeworfen wird, ist einerseits sehr formell, andererseits überhaupt nicht: Die Richterin folgt offensichtlich dem Wink mit dem Zaunpfahl, den der konservative Oberste Richter Clarence Thomas mit seiner Urteilsbegründung im ganz anderen, oben erwähnten Verfahren zur Immunität des Präsidenten gegeben hat, um auch hier noch einen grundsätzlichen Beitrag zur Stärkung der Kontrollmacht der Staatsspitze über den gesamten exekutiven Apparat zu leisten. Der Prozess ist damit zwar noch nicht aus der Welt, die Ankläger dürfen nämlich in Berufung gehen, doch auch hier sorgt die außerordentliche Verzögerung des Urteils dafür, dass Trump vor der Wahl nichts mehr zu fürchten hat.

Ansonsten gibt sich die Partei einige Mühe, sich als die eigentliche amerikanische Arbeiterpartei in Szene zu setzen. Zwecks Glaubwürdigkeit treten ▶

► ein paar ganz authentische „*everyday Americans*“ auf, die drei Jobs gleichzeitig haben und sich trotzdem keine Geschenke für ihre Enkelkinder leisten können. Wofür und wogegen das sprechen soll? Gemäß der Vernunft der Demokratie spricht marktwirtschaftliche Armut offenbar auch im libertären Amerika für die Notwendigkeit besseren Regierens, also gegen die schlechte Regierungsführung Bidens. Im Anschluss darf sogar ein waschechter kämpferischer Gewerkschafter, der Chef der „Teamsters“ (Gewerkschaft der Transportarbeiter), auftreten: Der prangert die Raffgier der großen Konzerne an, deren Verbrechen darin besteht, die gewerkschaftliche Vertretung ihrer Belegschaften zu bekämpfen, die Kosten für die Betreuung der berühmten Wechselfälle eines proletarischen Lebens (Krankenversicherung, Lohnfortzahlung im Krankheitsfall, Rente) dem amerikanischen Steuerzahler aufzudrücken und dem amerikanischen Standort untreu zu sein. Seine Polemiken gegen *big business* und seine flammenden Plädoyers für die Wichtigkeit patriotischer amerikanischer Gewerkschaften wie die Teamsters werden von den Anwesenden zum größten Teil mit verdutztem Schweigen quittiert, aber sein Appell im Namen der Arbeiter an die Politik und an seine Kollegen aus den anderen Gewerkschaften ist ganz im Sinne der „America first!“-Gastgeber:

„Wir brauchen eine Handelspolitik, die die amerikanischen Arbeitnehmer an erste Stelle setzt. Es muss für Unternehmen einfacher werden, in Amerika zu bleiben. Wir müssen sicherstellen, dass diese Nation die größte, schnellste und stärkste Nation der Welt ist.“

Unter dem Strich kommt also eine stereotyp populistische Feier des Patrioten im Arbeiter heraus: Die Mitglieder dieser Klasse können sich als Inbegriff des wahren Amerikaners feiern lassen, den die Eliten im Establishment zum Opfer machen, weil sie seine harte Arbeit und seinen ehrenwerten Kampf ums Zurechtkommen mit den spärlichen Erträgen nie würdigen. Das wird jetzt von einer republikanischen Führung nachgeholt, die ihren radikalen Willen zum Ausschluss der Fremden und aller anderen Abweichenden im Namen der Arbeiter demonstriert. Das materielle Versprechen der Partei an die Arbeiterklasse tragen die Delegierten auf ihren bunten Pappschildern herum: „*Massenabschiebung jetzt!*“

Für all diese Kernelemente des aktuellen republikanischen Selbstverständnisses – für die absolute Ergebnislosigkeit gegenüber Trump, die ostentative Feindschaft gegen alle Nicht-Amerikaner, gerne auch unter Berufung auf die Lage der arbeitenden Klasse – steht der feierlich nominierte Vizepräsidentenkandidat J.D. Vance. Er kombiniert den aggressiven Hass christlicher Nationalisten gegen Einwanderer und Frauen, die zu wenig Kinder bekommen, mit dem smarten Geschäftssinn des Silicon Valley.

### Biden out, Harris in

Eine knappe Woche nach dem Parteitag der Republikaner schmeißt Biden doch hin. Er lobt sich für seine großartigen Dienste an den Bürgern, insbesondere an der hart arbeitenden „*middle class*“, glaubt zwar immer noch fest an seine Siegesfähigkeiten und -aussichten, sieht aber ein, dass er das Vertrauen seiner Partei als Schlachtführer im Wahlkampf verloren hat. Als Abschiedsgeschenk an sich ernannt er im Alleingang seine Nachfolgerin, seine Vize Kamala Harris. Die gilt bis zur missglückten Fernsehdebatte Bidens als No-Go fürs Rennen. Ihre Umfragewerte sind so schlecht wie die von Biden, eher noch schlechter; ihre 2020er-Kandidatur für die Präsidentschaft gilt als Rohrkrepierei; viel zu unsympathisch und abgehoben, heißt es. Als Vize habe sie sich auch nicht mit nennenswerten Erfolgen beliebt gemacht – die parteiübergreifende Unzufriedenheit mit der Lage an der Grenze wird ihr als *ihr* Misserfolg vorgerechnet, weil Biden die Diplomatie mit den lateinamerikanischen Herkunftsländern einmal in ihr Ressort getan hat. Kurz: Sie hat wenige überzeugt und wenig geleistet, ist also weder überzeugend noch effektiv. Bis zuletzt gilt sie als effektivste Abschreckungswaffe in den Händen von Bidens letzten Verteidigern, nach dem Motto: Im Vergleich zu ihr sieht Biden zwar alt, aber gar nicht so schlecht aus.

Doch kaum findet der Kandidatenwechsel statt, schon wechseln die Partei wie die ihr zugeneigte Öffentlichkeit radikal ihre Sicht auf die Kandidatin, ohne dass sich an deren Taten oder Standpunkten irgendetwas geändert hätte: Innerhalb von Stunden schließen sich die demokratischen Gouverneure ihrer Nominierung an, einige Tage später folgen nach und nach die Parteigranden, schließlich gibt Obama medienwirksam seinen Segen. Spätestens dann bricht Begeisterung aus: Die überwiegende Erleichterung über die Absetzung des für chancenlos befundenen alten Mannes wird auf die neue Kandidatin projiziert

und als *ihre* Eigenschaft zelebriert: Die Neue wirkt so jung und so vital! Der Enthusiasmus ist nicht nur abstrakt, sondern auch sehr instrumentell: Er ist vor allem auf die wiederbelebte Hoffnung gemünzt, den Trump'schen Teufel doch noch schlagen zu können – wie eine Art Zweck-Führerkult. Doch einmal in Gang gekommen, produziert der Zweckoptimismus seine eigenen Gründe, die Frau großartig zu finden: Die Meme-Fabriken aus der Onlinewelt schaffen in Echtzeit auf ihre verspielte, penetrante Art eine eigene Ikone; sie greifen auf bisher als peinlich geltende Auftritte der unbeliebten Politikerin zurück, um sie nun als Beweise von sympathischer Volksnähe neu in Umlauf zu bringen – gestern „*cringe*“, heute „*brat*“. Das vernetzte Publikum aus Promis und Normalwählern zirkuliert die Bilder eine Weile unter sich, teilt sich seine Begeisterung wechselseitig mit, blickt dann auf sein kollektives Produkt und kommt zu dem Befund: Die Frau ist echt beliebt! Man ist erst massenhaft begeistert, dann über die Begeisterung begeistert – per Schneeballsystem entsteht eine Art Mini-Bewegung für Kamala. Die irgendwie anerkannten Vertreter von lauter demographischen Kategorien – Vorort-Muttis und überhaupt die Frauen, „*people of color*“ wie „*White Men for Kamala!*“ – melden sich mit ihrem Überschwang zu Wort. Spendengelder fließen in rekordverdächtigter Geschwindigkeit, was die anderen Anhänger in ihrer Begeisterung bekräftigt, was wiederum den Spendern beweist, dass sie die richtige Wahl treffen. Irgendwie anrühlich findet es längst keiner mehr, eingesammelte Geldsummen als Indikator für Erfolgsaussichten zu nehmen, also für die Tauglichkeit der Kandidatin – das Interesse am Erfolg der richtigen Kandidatin macht da einiges wett. Die traditionellen Experten der seriösen Öffentlichkeit begutachten das Phänomen und ziehen mit nur ein bisschen Verwunderung und skeptischer Distanz denselben Schluss: Die Menschen sind begeistert, an der Frau ist also definitiv was dran. So abstrakt, zirkulär und personenkultig ist sie eben, die Herstellung – von oben wie von unten – der demokratischen Zustimmung zu prospektiven Machthabern. Und genau damit macht sich nun die wiedererwachte demokratische Partei an die Rettung der Demokratie vor dem Populisten Trump.

Es bleiben noch die Fragen, mit welchem „*running mate*“ Harris gegen Trump antreten und mit welcher Kampfstrategie genau sie die gut drei Monate bis zur Wahl bestreiten will. Eine Antwort auf beide Fragen findet Harris im Gouverneur des Bundesstaats Minnesota, Tim Walz. Der macht Karriere mit einem einzigen Wort, das er in etlichen Sommer-Interviews und Talkshow-Auftritten wiederholt und das die Standpunkte und Programme der republikanischen Konkurrenz hinreichend charakterisieren soll: „*weird*“, also „*seltsam*“ oder „*schräg*“. Neu ist es zwar nicht, Trump als wahnsinnig zu kennzeichnen und ihn so als politischen Gegner zu diskreditieren. Die ganze Kampagne der Demokraten unter Biden hat auf der Warnung beruht, mit Trump käme ein böserartiger Verrückter wieder an die Macht, der die Nation endgültig in die Katastrophe reiten würde. Das kommt den Demokraten nun viel zu wenig souverän vor; damit würden sie Trumps politisches Programm noch viel zu ernst und viel zu befassungswürdig nehmen. Die Lässigkeit, mit der Walz die Konkurrenz abserviert, sie mehr für mitleid- als furchterregend hält, begeistert die Demokraten – also sagen plötzlich alle von Rang und Namen das Zauberwort in jede Kamera, vor die sie sich drängeln können. Sogleich erfolgt die vielsagende Warnung: nicht übertreiben! Man darf nämlich Trumps Anhängern nicht mal wieder das Gefühl geben, man würde *sie* als abseitig und hoffnungslos verachten, bloß weil man es für ganz offensichtlich verrückt hält, in Trump und Vance eine auch nur denkbare Alternative zu sehen. Zu Recht halten interessierte Beobachter das für einen sehr schmalen Grat. Auf Walz, Galionsfigur der lässigen Verachtung, fällt die Wahl als Vize, weil er außerdem ein perfektes Gegenbild zum seltsamen republikanischen Paar abgibt: so schön normal, bodenständig, ohne Allüren und bis in die Kleiderwahl hinein ein waschechter „*everyday American*“. Normale Menschen mögen so was bestimmt – gerade traditionelle Republikaner, die mit der notorischen demokratischen „*Küstenelite*“ nichts anfangen können.

### Die Krönungsmesse der Demokraten

Mit dieser verächtlichen Verneigung vor den Wählern gehen die von sich erneut begeisterten Demokraten Ende August in ihren Parteitag hinein.

Dort bekommen Basis und Führung die Chance, als Parteikollektiv intern und vor den Augen aller interessierten Amerikaner ihre geschlossene Begeisterung über ihr neues Führungsduo gemeinsam auszuleben und sie so erst richtig anzufachen. Sie führen sich auf und vor der Bühne in einer Weise auf, die sich von Trumps Kundgebungen vor allem dadurch

unterscheidet, dass Trumps Kritiker sie in diesem Fall nicht abstoßend, sondern ansteckend finden. Gefallen findet man vor allem an der Fröhlichkeit, mit der die vielen Redner ihre eigene Partei feiern und über die republikanischen Gegner herziehen. Sie tun das zwar nach wie vor mit drastischen Bildern von einem nationalen Untergangsszenario, falls Trump wieder an die Macht kommt, aber nun mit einer ganz anderen Tonlage: als „*freudige Krieger*“, Anführer einer Kampfbewegung, die ein einziges Angebot zum euphorischen Mitfeiern und Mitmachen ist. Man hebt die Daumen statt den Zeigefinger, tauscht langweilige Faktenchecks gegen ein eigenes Narrativ und eigene Lichtgestalten aus – und findet kein Bild zu plakativ, um Trumps Kombination aus Selbstheiligsprechung und Verteufelung anderer zu „*überstrahlen*“: Zukunft statt Vergangenheit, Licht statt Dunkelheit, Aufbruch statt Apokalypse. Damit machen die Demokraten ein Glücksangebot an ihre Anhänger, sich mit der Abstraktion anzufreunden, die ihnen zugemutet wird: Sie sollen in Harris einen Nicht-Trump mit Erfolgsperspektive sehen, eine Machthaberin, bei der man nicht an ihre Machtausübung denkt, sondern an die, die ihnen erspart wird. Das aber eben nicht bloß als das berühmt-berüchtigte „*kleinere Übel*“, das den Wählern die von ihnen geforderte Entscheidung zwar nicht wirklich schmackhaft, aber verdaulich macht. Man bietet ihnen vielmehr das Objekt wirklich überzeugter Begeisterung an, schlicht dadurch, dass man sie in aller Entschiedenheit vorlebt.

Nach den Reden der noch lebenden Parteilegenden (Biden, die Clintons, die Obamas), von denen vor allem in Erinnerung bleibt, dass sie je auf ihre Weise die Zuschauer begeistert und ihnen klargemacht haben, dass sie von Harris & Walz begeistert sind, bekommt das Publikum endlich die Gelegenheit, die Kandidaten etwas näher kennenzulernen, für die es sich schon seit einigen Wochen begeistert. Geboten bekommt es zwei vorbildliche Ebenbilder, zwei persönliche Repräsentanten dessen, wie es sich selbst und die moralische Gemeinschaft Amerikas begreift. Die greifen tief in ihre eigene Vergangenheit, um sich als das Gegenteil einer abgehobenen „*Küstenelite*“ darzustellen, vielmehr als *echt normale* Menschen, mit denen sich noch der durchschnittlichste Amerikaner identifizieren kann, die aber gerade darin ein so strahlendes Vorbild abgeben, dass sie offensichtlich von Haus aus zur Führung der normalen Amerikaner berufen sind.

Walz kommt zuerst und liefert neuen Stoff für seine Verehrung als super normaler amerikanischer Held: Veteran, Lehrer, Football-Trainer, Jäger, guter Nachbar und vor allem Familienvater – authentisch geliebt von seinem Sohn und seinen ehemaligen Schülern, was diese auch auf der Bühne bezeugen. Er erklärt „*Freiheit*“ zum neuen Leitstern der Demokraten. Als deren Regierungsmotto präsentiert er ironischerweise den Grundsatz, die Bürger in Ruhe zu lassen – die Republikaner, die das traditionsgemäß als *ihr* besonderes Regierungsmotto pflegen, meinen damit *Walz* nur ihre eigene Freiheit, die Bürger zu betrügen. Zum Schluss kommt dann Harris auf die Bühne, stellt sich vor als multiethnischen Spross eingewanderter Akademiker, die die Schönheit einer Gesellschaft tüchtiger Einwanderer verkörpern; als Produkt einer „*working class neighborhood*“ mit der dort typischen Notlage, die Harris als Geburtsstätte wichtiger Tugenden bespricht: Dazu gehört an erster Stelle eine ausgeprägte Arbeitsethik: Anpacken statt Meckern, keine halben Sachen! Die braucht man eben, um ein Auskommen zu finden, das zwar nicht reich macht, aber offenbar ausreicht, um den traurigen Stolz aufs Zurechtkommen in Gestalt eines ordentlich gemähten Rasens zu pflegen. Dazu gehört auch die Tugend, sich für die vielen Opfer des American Way of Life verantwortlich zu erklären: In ihrer Kindheit findet ein missbrauchtes Mädchen aus der Nachbarschaft bei Harris' Familie Unterschlupf; ihr Herz für Opfer führt sie zu einer Karriere als hartnäckige Staatsanwältin, die sich für die Opfer so einsetzt, dass sie sich für den Schutz des staatlichen Rechts einsetzt, das Täter immer dann bestraft, wenn der von ihnen verursachte Schaden an Leib und Leben dem Gesetz widerspricht. Von dort aus zieht sie wiederum eine direkte Linie zum höchsten Amt: Mit ihrem Herz und ihrer Härte ist sie dazu prädestiniert, auf dem mächtigsten Posten der Welt das Wohl der Nation und die Güte der Menschheit gegen das Böse im Innern und nach außen zu verteidigen. Eine geborene Repräsentantin des patriotischen Gemeinschaftsgeists und der militanten Stärke, die sie Trump rundherum abspricht: ein schwächlicher Egomane, für den eben nicht Amerika, sondern er selbst zuerst kommt, und der sich daher von jedem dahergelaufenen Diktator – i.e. von jedem auswärtigen Rivalen Amerikas – mit Schmeicheleien um den Finger wickeln lässt. Wer starke Führung für eine starke Supermacht will, kommt um Harris also nicht herum.

Das Wort „*Krönungsmesse*“, das die hiesige Presse benutzt, um einen Rest von Distanz zur Veranstaltung zu markieren, an deren Erfolg ihr erkennbar so viel liegt, trifft die Sache tatsächlich nicht schlecht – wenn auch etwas anders, als der Ausdruck gemeint ist: Wenn Amerikaner die Spitze der Staatsgewalt wählen, die über sie herrscht, dann wählen sie zugleich einen Funktionsträger anderer, höherer Art, wofür einige europäische Demokratien noch auf ihre monarchische Vergangenheit zurückgreifen: einen Machthaber, der nicht nur regiert, sondern die Einheit von oben und unten verkörpert und strahlen lässt. Den Regierten wird ein strahlendes Spiegelbild angeboten, sodass sie ausgerechnet beim Blick auf die Obrigkeit sich selbst in ihrer persönlichen und kollektiven Tugendhaftigkeit wiederfinden. Das sollen in diesem Fall – dies der entscheidende Kontrast zwischen Harris und Trump an der moralischen Front – wirklich *alle* Amerikaner tun. In diesem Sinne präsentieren sich die Demokraten als die wahren Vertreter aller konservativen Tugenden, die die republikanische Partei für sich beansprucht: Freiheit, nationale Stärke, im Innern und nach außen. „*USA, USA, USA!*“: Der klassische Schlachtruf amerikanischer Chauvinisten wird – aber fröhlich! – immer wieder skandiert. Und zum Schluss des Parteitags regnet es rot-weiß-blaue Luftballons. Das passt. Am Höhepunkt ihrer hurra-patriotischen Ekstase landen die Demokraten nämlich auch bei der Hauptsache der amerikanischen Wahl: bei der unmittelbaren Identität zwischen ihrer ungehemmten Liebe zum Vaterland und ihrem Bedarf nach einer hoheitlichen Machtinstanz mit einer möglichst starken und charismatischen Besetzung. Damit liefern die Demokraten auch ihr erklärtermaßen stärkstes Argument an die Wähler draußen im Lande.

\*\*\*

Ganz klar: Die „*good vibes*“ sollen auch nach dem Parteitag unbedingt weitergehen. Klar ist aber auch, dass die Flitterwochen irgendwann vorbei sein werden. Irgendwann kommt Harris, so die immer häufiger geäußerte Mahnung, um die Präsentation einer konkreten Regierungsagenda nicht herum, zumindest auf den wesentlichen Feldern – ein solides Angebot aus dem Bereich „*Sachthemen*“ also. Auch das passt. Zumindest insofern, als damit dargestellt wird, was Haupt- und was Nebensache des demokratischen Wahlkampfes ist: Eine Agenda fürs souveräne Regieren ist im Wahlkampf bloß *eine* Art, für das Wesentliche zu werben, nämlich für den einzigen vorgesehenen Punkt auf der Agenda der Wähler: die Wahl des herrschenden *Personals*, das dann die Agenda für die Bürger bestimmt. Andererseits: In solchen Mahnungen kommt immerhin zur Sprache, woran die Kandidaten sich einmal im Amt *wirklich* zu bewähren haben: am Erfolg in der *Sache* der Nation, an *deren* Bewährung in der weltweiten Konkurrenz um Geld und Gewalt. Und die erbetenen Auskünfte liefert Harris spätestens mit ihrer großen Rede durchaus – zumindest andeutungsweise: zur Wirtschaft und zur Fiskalpolitik, zur Gesundheitsversorgung und zur Einwanderung, zu den Kriegen in der Ukraine und im Nahen Osten, bei denen Amerika sich als oberste Ordnungsmacht der Guten gefordert sieht. Das ganze *Wozu* der amerikanischen Herrschaft kommt also durchaus vor – in Gestalt von lauter Herausforderungen an die universelle Verantwortung einer amerikanischen Präsidentin, für die sie auf alle Fälle den richtigen Geist mitbringt.

Zwischen den polarisierten Parteien herrscht zumindest darin auffällig viel Einigkeit: Es geht mal wieder bei jedem Thema in der grundsätzlichen Weise um die Sache der Nation: um die Freiheit und Sicherheit der Wirtschaft, d.h. die erfolgreiche Akkumulation des kapitalistischen Reichtums und seine fiskalische und regulatorische Bewirtschaftung; um die Freiheit und Sicherheit der Bürger beim alltäglichen Kampf ums Zurechtkommen; um die Sicherheit amerikanischer Überlegenheit, also ihrer Freiheit als führende Supermacht – und damit um die Frage, wie amerikanische Weltführerschaft überhaupt zu definieren ist; um die Sicherheit und Freiheit des Familienlebens, also die hoheitliche Regelung dessen, was Frauen mit ihrem Körper anstellen dürfen und sollen, und was die familiäre Lebensgemeinschaft als ökonomische und moralische Keimzelle von Volk und Staat zu leisten hat; schließlich um die Einwanderung bzw. die Notwendigkeiten und die Tücken ihrer radikalen Eindämmung – ein Sachthema, bei dem jede soeben genannte Kombination von Freiheit und Sicherheit relevant zu sein scheint. Die Befassung mit dieser mehrdimensionalen nationalen Sache und mit dem notorisch erbitterten Streit der US-Parteien um sie ist ebenfalls für einige Lehren gut – darüber, was die amerikanische Nation heute ist und braucht. Also auch darüber, *wozu* diese Nation solche sympathischen Führungspersönlichkeiten braucht.

In diesem Sinne: Fortsetzung folgt.

## Der Ukraine-Krieg: Das fünfte Halbjahr

I. Die Ukraine wird von den russischen Streitkräften zunehmend zerstört; ihre Armee hält dem russischen Druck an der weitgespannten Front immer weniger stand. Das liegt nach dem Urteil nicht nur der ukrainischen Staats- und Militärführung, sondern auch der westlichen Fachwelt einerseits daran, dass das ukrainische Menschenmaterial im Kräfteessen mit der russischen Seite tendenziell zur Neige geht. Sodass man sich abermals mit der zynischen Sachlichkeit vertraut machen darf, mit der Staaten auf ihre Völker blicken: Größe und demografische Unterteilung der ukrainischen und russischen Bevölkerungen werden locker in die kurz-, mittel- und langfristige Tiefe des jeweiligen Pools an menschlichem Kriegsmaterial umgerechnet; das Resultat wird durchaus als bedrückend empfunden – vor allem wegen des überdeutlichen Ungleichgewichts. Andererseits und in erster Linie werden die fortgeschrittene Zerstörung des Landes und die Dezimierung der ukrainischen Armee auf den mangelnden Nachschub an Waffen aus den NATO-Ländern zurückgeführt. Erstens gibt es von ihnen viel zu wenig, zweitens sind ihre Einsatzmöglichkeiten viel zu beschränkt. Zum Töten und Zerstören der einmarschierenden Russen darf die Ukraine sie ja nicht nach eigenem Bedarf, sondern nur nach den Vorgaben der Sponsoren gebrauchen; dafür hat sich unter den enttäuschten Experten die Sprachregelung eingebürgert, man würde die Ukraine dazu zwingen, „mit einem Arm hinter dem Rücken gebunden“ zu kämpfen. Das wird wiederum als entscheidender Grund dafür verbucht, dass der Verschleiß an menschlichen und materiellen Ressourcen auf ukrainischer Seite so gravierend ist: Er ist zu hoch und dauert zu lange an.

II. In die Krise gerät damit zwar nicht der Westen selbst, wohl aber die Art und Weise, wie er den Krieg bislang definiert hat: als großangelegte Hilfsaktion für das überfallene ukrainische Opfer, die so lange fortgesetzt wird, bis der russische Aggressor die Schlacht verloren gibt, seinen Übergriff beendet und sich zurückzieht.

Dieser Kriegsstandpunkt ist verlogen. Jedenfalls einerseits: Dem amerikanisch geführten, brutal hilfsbereiten westlichen Sponsorenkollektiv geht es von Anfang an und bei aller fortgesetzten Berufung auf russische Verbrechen gegen die Ukraine erklärtermaßen um *sich* – darum, worin es sich angegriffen sieht, wenn Russland die Ukraine angreift: nicht als souveräne Herrscher über ihre eigenen Territorien, dennoch existenziell. Denn nur als Hüter einer Ordnung, die *alle* staatlich regierten Territorien umspannt, fühlen sich diese Staaten sicher. Die Intaktheit besagter Ordnung bemisst sich insofern daran, ob und inwieweit der globale Kontrollanspruch respektiert wird, den sie auf den Gebrauch militärischer Gewalt – auch auf den Besitz kriegerischer Gewaltmittel – erheben; eine Frage, die konsequenterweise dem Urteil der maßgeblichen Hüter selbst unterliegt. Nach derzeitiger Beschlusslage erfordert die Wiederherstellung ihrer Weltfriedensordnung, dass Russland die Fähigkeit nachhaltig genommen wird, die monopolisierte Verfügungsmacht des Westens über den globalen Gewalthaushalt substanziell anzufechten; es gehört in diesem grundsätzlichen Sinne, als autonome Weltmacht, unschädlich gemacht, also endgültig zum Objekt der eigenen degradiert. *Dazu* verhilft sich der Westen, wenn er der Ukraine hilft.

Das ist ein Kriegsziel, das nicht nur über die Ukraine weit hinausreicht, sondern sie auch in jeder Hinsicht weit überfordert; der Totalverschleiß des Landes wird als Mittel zum Zweck einkalkuliert. Für die ukrainische Staatsgewalt gilt nämlich dasselbe wie für das Inventar an Land und Leuten, das für ihren Selbsterhalt sachgerecht verschlissen wird: An dem, was die Ukraine an Krieg aushält, hat das westliche Kriegsziel in der Ukraine vielleicht eine letzte Grenze, aber daran nimmt der westliche Helfer von vornherein nicht Maß. Gerade deswegen ist der Standpunkt der Hilfe zur Selbstverteidigung zugleich ernst gemeint: Der antirussische Krieg wird so eingerichtet, dass er auf die Ukraine als Schauplatz beschränkt stattfindet, die NATO nicht als direkt kriegführender Feind aktiv wird. Und das nicht nur im Sinne einer winkeladvokatischen Auslegung des Kriegsvölkerrechts, sondern praktisch im Maß der in Auftrag gegebenen, angeleiteten und gelenkten Kriegführung der Ukraine. Wenn die NATO-Mächte ihrer eigenen waffenmäßigen Unterstützung Schranken setzen, dann nicht deswegen, weil sie an unüberwindliche Kapazitätsgrenzen stoßen, schon gar nicht, was die Reichweite und Wirksamkeit der

Waffen in ihren Arsenalen betrifft. Jede Eskalation im Sponsoring des Krieges, jede Überschreitung bisher gezogener Grenzen, ist der praktische Beweis: Sie ist eine Frage des Entschlusses. Der lautet wiederum nach wie vor, bei jedem quantitativen und qualitativen Übergang des Waffengangs und der westlichen Beteiligung daran: Russland soll durch die NATO nicht direkt, sondern *vermittels der Ukraine* bekriegt, seine Armee verschlissen werden. Entsprechend fällt die transatlantische Beteuerung der Notwendigkeit aus, der Ukraine in ihrem Abwehrkrieg gegen Russland nachhaltig beizustehen: Wenn der Westen den russischen Machtwillen nicht *dort* kaputt kriegt, dann muss er das übermorgen *hier* tun; was da als gesicherte Vermutung über den Kriegswillen Putins ausgedrückt wird, ist die *eigene* Entschlossenheit, die Ukraine als Schauplatz dieses Konflikts möglichst auszuzehren.

Dass die Ukraine in diesem Krieg durchhält *und* dabei immer mehr kaputtgeht – nach beiden Seiten ihrer heillosen Überforderung als militärisches Werkzeug und Kampfplatz des Westens gegen Russland hin ist die Situation der Ukraine das Ergebnis westlichen Kalküls, nämlich wie die NATO ihren Kriegseinsatz definiert und dosiert. *Dieses* Kalkül steht infrage, wenn bzw. seit die Ukraine ihr Durchhalten nicht mehr aushält.

III. Die – zeitweilige – Stornierung der Waffenhilfen aus Amerika verschärft diese Krise.

Zum einen macht sich an der Front akuter Mangel an Waffennachschub geltend, wenn der bisherige Hauptlieferant eine Weile ausfällt. Weitaus gravierender ist der Umstand, dass die Kongress-Republikaner mit ihrem hartnäckigen Widerstand gegen die Kriegslinie der Biden-Regierung *die* kriegspolitische Grundsatzfrage aufwerfen: Ob, wie lange und inwieweit hält die Weltmacht, die ihre Allianz in diesen Krieg gegen Russland auf dem Schauplatz Ukraine hineingeführt, sein Ziel und seine Bedingungen vorgegeben hat, an dessen weltpolitisch entscheidender Bedeutung fest? Mit der Auflösung dieser Blockade, also mit dem nächsten doch noch verabschiedeten Paket an Geld- und Gewaltmitteln wird diese Frage überhaupt nicht abschließend beantwortet und erledigt. Immerhin ist damit die Alternative in die amerikanische Entscheidungsfindung gebracht worden und nun in ihr präsent, den Krieg im Sinne seiner verharmlosenden Lebenslüge ernsthaft herunterzudefinieren: zur Beihilfe für einen osteuropäischen Randstaat des westlichen Zugriffsinteresses, zu einem Konflikt also, der Amerika auf jeden Fall viel weniger angeht als die Europäer, sich für die Weltmacht womöglich auf Dauer nicht lohnt. Erst recht präsent ist diese Alternative, weil der punktuelle kongressrepublikanische Widerstand gegen das eine Waffenpaket sich als bloßer Vorgeschmack darauf versteht, was eine erneute Trump-Regierung für das Verhältnis der USA zum ukrainischen Opfer und Schützling, zum russischen Feind und zu den europäischen Partnern verspricht. Und auch wenn dieses Szenario nicht eintreten sollte, machen sich regierenden Europäer und fachmännische Beobachter nicht viel vor: Die Infragestellung der Bedeutung dieses Krieges im Besonderen und der Kriegsallianz mit Europa im Allgemeinen ist auch den noch regierenden Demokraten nicht fremd; auch die wissen zwischen Feinden zu unterscheiden und lassen keinen Zweifel daran, dass die wirklich epochemachende Bedrohung amerikanischer Weltherrschaft anderswo liegt. So registrieren die NATO-Verbündeten auf ihre Weise, was diese Episode in der amerikanischen Dauersendung „Spaltung der Nation“ über die Generallinie des amerikanischen Imperialismus in diesem Krieg mal wieder offenbart: die kalkulatorische Freiheit, die Amerika sich bei allem kriegerischen Engagement stets vorbehält. Amerika *lässt* den Krieg in der Ukraine führen, macht ihn federführend zum eigenen Anliegen, ohne ihn zu *seinem* Krieg zu machen.

IV. Schon das Aufkommen solcher Zweifel an der Bedeutung dieses Waffengangs für Amerika hat für das Kriegskalkül der europäischen NATO-Mächte noch weiter reichende Konsequenzen als die kritische Lage der und in der Ukraine selbst. Erst einmal müssen sie sich mit der Alternative befassen, womöglich auch ohne ihre Führungsmacht den Ukraine-Krieg zu bewältigen, also dessen programmgemäße Durchführung „so lange wie nötig“ wenigstens teilweise zu „europäisieren“. Daran schließt sich auf längere Sicht die gar nicht bange, eher aus einer gewissen Anspruchshaltung heraus aufgeworfene Frage an, wie sie als europäische

farbeROT empfiehlt die aktuelle Ausgabe der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT



Der *praktische* Beweis, dass es zum Sieg über Russland eine Alternative nicht gibt, besteht unter anderem darin, dass der Westen so tut, als ob er den schon in der Tasche hätte: Beschlagnahme russische Staatsgelder werden für Abschlagszahlungen auf die bei Sieg fälligen Reparationen benutzt – mit dem schönen Nebeneffekt der Ökonomisierung des Stellvertreterkrieges, der unbedingt weitergehen soll. Mit den Gepflogenheiten des internationalen Eigentumsschutzes – ansonsten der wirkliche Höchstwert aller wertebasierten und regelgeleiteten Weltordnung – ist das zwar nicht so ganz zu vereinbaren. Aber diese Ordnung ist eben nur so viel wert, wie sie ihren Garantiemächten die Ausnahmestellung sichert, die sie gegen den Versuch Russlands verteidigen, sich mit Gewalt Respekt als gleichberechtigte Großmacht erzwingen zu können. Dazu der Artikel zur **nächsten Runde Eskalation im Wirtschaftskrieg.**

\*

Zeitgleich schlägt ein anderer Vorposten westlicher Freiheit und Sicherheit gegen eine Welt von Feinden weiter in einer Weise um sich, wie es sich für die Freiheit und Sicherheit einer respektablen Macht gehört: Israel lässt nun seit fast einem Jahr für seinen Vernichtungskrieg gegen die Hamas jeden Tag Palästinenser sterben und im Gaza keinen Stein auf dem anderen. Zugleich ist es längst in höherer Mission aktiv: Seinen Anti-Hamas-Ausrottungsfeldzug behandelt es inzwischen als bloß einen Abschnitt in einem regionalen Mehrfrontenkrieg, den es – natürlich wie immer bei ehrenwerten Mächten rein defensiv – total eskaliert. Es setzt seine Freiheit und Sicherheit nicht mehr nur mit der erfolgreichen Abschreckung, sondern mit der Vernichtung *aller* seiner Gegner in der Region gleich. Konsequenterweise treibt es daher die Konfrontation mit seinem Hauptfeind, der gegnerischen Regionalmacht Iran immer direkter voran – für alle Fälle hat Israel ja seine Atombomben. Mit dem so provozierten Szenario eines „Flächenbrands“ erzwingt Israel zugleich das Engagement der noch ganz anders nuklear bestückten Weltmacht Amerika. So verleiht Israel mit seinem ausgreifenden Sicherheitsanspruch als unangreifbare Vormacht im Nahen Osten dem regionalen Krieg zugleich ein Moment von Weltkrieg. Dazu der Artikel „**Al-Aqsa-Flut“ und „Eiserne Schwerter“ – eine Zwischenbilanz des Gaza-Kriegs.**

\*

Man kann die Sache aber auch so sehen, dass es Israel bloß um ein paar mehr Quadratkilometer Land und ganz viel weniger Palästinenser auf diesem Land geht, und mit dem Vorwurf „ethnische Vertreibung“ und „Siedlerkolonialismus“ versehen. Und schon ist eine „Theorie“ fertig, die dafür taugt, von links in diesem Krieg dann doch für die richtige Seite – kritisch – Partei zu ergreifen. *Darauf* kommt es schließlich in jedem Krieg an, oder? Dazu eine **Kontroverse zum Gaza-Krieg.**

\*

Außerdem im neuen GEGENSTANDPUNKT: **Das Lebenswerk des Claus Weselsky und der Kampf der UAW in den USA.**

**Der aktuelle GEGENSTANDPUNKT ist ab sofort im Buchhandel oder beim Verlag für 15 € erhältlich.**

FRANKFURT: Autorenbuchhandlung • Karl Marx • Land in Sicht • Naumann & Eisenbletter • Ypsilon • DARMSTADT: Georg Büchner • Bessunger • GRIESEHEIM: Schlapp • SEEHEIM-JUGENHEIM: Gutenberg • MARBURG: Lehmanns • Buchhandlung am Markt • Roter Stern • MAINZ: Cardabela • BAD HOMBURG: Hugendubel • GIESSEN: Bahnhofsbuchhandlung • RODGAU-JÜGESHEIM: Bücherstube

Bestellungen direkt beim Verlag unter [www.gegenstandpunkt.com](http://www.gegenstandpunkt.com)

Macht die konfrontative Nachbarschaft zu Russland auf Dauer gestalten können und wollen.

Unmittelbar und vordringlich hat die europäische Kriegspolitik es jedenfalls mit den zwei Fragen zu tun:

— Was *muß* der europäische NATO-Pfeiler leisten, um mit der kritischen Kriegslage der Ukraine, notfalls zeitweilig auch ohne die USA, fertigzuwerden?

— Was *soll* und was *kann* Europa *sich* gegen Russland als atomkriegsfähigen Feind leisten, ohne die Sicherheit eines verlässlichen „atomaren Schutzschildes“ der USA?

In der ersten Frage herrscht entschiedene Einigkeit darüber, dass *viel mehr* getan werden muss, um Land und Armee des östlichen Vorpostens vor der russischen Übermacht zu schützen und das Kriegsglück umzudrehen. Der Konsens zieht folgerichtig eine unentschiedene Uneinigkeit in der zweiten Frage nach sich. Denn für die erforderlichen ukrainischen Erfolge braucht es, mit oder ohne die USA, nicht nur mehr Waffen und Munition, sondern in europäischen Arsenalen durchaus vorhandene Waffen mit entscheidend höherer Zerstörungskraft und Reichweite, die bisher nicht oder nur unter einschränkenden Bedingungen geliefert werden. Konsens herrscht auch darüber, dass daher nicht weniger als eine Neudefinition des europäischen Kriegseinsatzes zur Debatte steht. Dabei plädiert keine Seite

– nicht einmal eine Strack-Zimmermann, die jeden Anflug von Vorsicht beim Bekriegen der Russen für Wasser auf die Mühlen des Gegners hält – für einen Übergang in eine direkte Konfrontation der NATO mit Russland; beide Seiten teilen wiederum die Bereitschaft, das Risiko auf neue Weise einzugehen, dass die russische Führung die für fällig erachtete Eskalation des Krieges nicht mehr als Unterstützung der Ukraine hinnimmt, mit der sie weiterhin „vor Ort“ fertigwerden kann, also will, sondern als NATO-Angriff auf ihre nationale Sicherheit definiert und entsprechend beantwortet.

Festgemacht wird dieses Risiko an der Frage der Lizenz fürs ukrainische Militär, mit den entsprechenden westlichen Waffen, schon gelieferten wie vermehrt zu liefernden, über die Landesgrenzen hinweg russische Stellungen und Aufmarschräume zu beschießen – zivile Kollateralschäden werden, soweit unvermeidlich, eingepreist –, sowie am nicht nur faktischen, sondern offiziell angesagten Einsatz von NATO-Soldaten im ukrainischen Kriegsgebiet. In der Frage, ob Deutschland seine Taurus-Raketen liefern sollte, fällt für die deutsche Regierung beides zusammen. Während Bundeskanzler Scholz bislang eine Lieferung ausschließt, weil die Waffen ohne direkte Beteiligung deutscher Soldaten nicht zu bedienen seien, antworten seine Kritiker in- und außerhalb der Regierungsparteien mit einer Mischung aus „*stimmt nicht!*“ und „*na und?*“. In der Auseinandersetzung in und zwischen verschiedenen NATO-Ländern über das Risiko einer Ausweitung des ▶

► Krieges erklärt die eine Seite es für unbeachtlich bis nicht vorhanden, zumindest was die derzeit diskutierten Fortschritte betrifft; hier kann man daher Kanzler Scholz „gar nicht verstehen“, der mit der Lieferung und der Lizenz zum grenzüberschreitenden Einsatz der Raketen immer noch hadert. Die andere Seite hält eine Steigerung des westlichen Einsatzes für nötig, den diskutierten qualitativen Fortschritt dabei für nur teilweise erforderlich und für doch risikobehaftet; hier „wundert sich“ der Kanzler, „dass einige nicht einmal darüber nachdenken, ob es gewissermaßen zu einer Kriegsbeteiligung kommen kann durch das, was wir tun“. Weitere Fortschritte hält er nur unter der Bedingung und nur insoweit für angesagt, wie sie mit der Rückendeckung bzw. im Schlepptau der USA getan werden – also nur dann, wenn die USA sich ausdrücklich auch dazu entschließen.

An diesem Vorbehalt wird kenntlich, dass die USA bei den nächsten Eskalationsschritten – wie auch bei allen vorangegangenen – nicht nur als Ausstatter gefragt sind, sondern als die Weltkriegsmacht, die dem russischen Feind auf der höchsten Ebene der strategischen Abschreckung begegnet und die diskutierte Eskalation unter ihren „atomaren Schutzschirm“ stellt. Den bringen europäische Politiker und Strategen deswegen auch in die Diskussion; nicht im Sinne eines expliziten Zweifels an seiner Verlässlichkeit, aber schon mit der vorsichtigen Überlegung, ob es dafür einen europäischen Ersatz geben könnte und müsste. In der aktuellen Debatte führt dieser gedankliche Ausflug ins Katastrophenszenario der atomaren Abschreckung – im Hintergrund von Beginn an in allen Kriegskalkulationen präsent – wieder zurück zu den uneindeutig gegensätzlichen Ein-

schätzungen, ob eine solche Weltkriegsgefahr für die jetzt anstehenden Entscheidungen überhaupt nicht gegeben oder aber doch irgendwie in Rechnung zu stellen und deswegen durch eine „rote Linie“ vor einem offen aktiven Kriegseinsatz der Allianz auszuschließen wäre.

Daneben stellt sich damit für Europas Kriegsverantwortliche die Frage der langfristigen Wehrhaftigkeit im militärischen Kräfteressen mit Russland. Die einschlägigen Planungen, auf ein halbes bis ganzes Jahrzehnt angelegt, sprechen die Probleme einer Europa-eigenen nuklearen Abschreckung an, machen ihre – auf alle Fälle schwierige – Lösung aber überhaupt nicht zur Voraussetzung für die weitere Ausnutzung der amerikanischen Atomkraft, nämlich für den Entschluss und ersten Schritt hin zu einer subatomaren europäischen Streitmacht unter dem atomaren Schutzschirm der USA, die einer russischen Aggression von der Art des Ukraine-Krieges auf NATO-Gebiet vom ersten Quadrantenmeter an keine Chance lassen wird. Ein solcher Ernstfall wird an die Wand gemalt, als rechnete man in Europas Hauptstädten schon damit als einer Gelegenheit zu beweisen, dass Verteidigungsfähigkeit sich nur auf die eigene Überlegenheit auf jeder Eskalationsstufe reimen kann.

V. Nach mehrmonatiger Verzögerung setzt sich in den USA das strategische Interesse an der Zerstörung der russischen Militärmacht in der Ukraine durch und tritt wieder in Kraft. Im April wird dann doch ein milliardenschweres Hilfspaket bewilligt; keine Lieferung in dem Sinn, sondern eine finanzielle Freigabe von 61 Milliarden Dollar für zukünftige

Lieferungen, mit einer ersten Tranche von einer Milliarde. Auch wenn Zugeständnisse an die Republikaner gemacht wurden und Teile des Pakets gar nicht direkt für die Ukraine, sondern für die Lagerbestände des US-Militärs vorgesehen sind und andere Teile nicht als Zuwendung, sondern als Kredit vergeben werden, stellt das Ausmaß des Hilfspakets den Krieg auf eine neue Grundlage.

Für die NATO ist das eine starke Ermunterung, die Aufrüstung der Ukraine mit mehr Waffen für eine wirkungsvolle „Vorwärtsverteidigung“ voranzutreiben. F-16-Kampfflugzeuge sollen jetzt endlich geliefert werden; die Entsendung von französischen Ausbildern ins Kriegsgebiet wird bekannt gegeben; die Briten erteilen die Lizenz zum Einsatz ihrer Marschflugkörper über die russische Grenze hinweg; der NATO-Generalsekretär legt nach mit der Aufforderung an die Mitgliedstaaten, Restriktionen zu streichen; die amerikanische Führungsmacht mit ihrem deutschen Mit-Führer geben den grenzüberschreitenden Einsatz ihrer eigenen weitreichenden Raketen frei – zwar mit einer Beschränkung auf den Einsatz an der Front im Norden, dafür mit der Klarstellung, die Einsatzregeln je nach Entwicklung der Kriegslage angemessen anzupassen.

Welche neue Qualität des Krieges durch die von Amerika betriebene bzw. gedeckte Eskalation Einzug in den Stellvertreterkrieg hält, wird nicht zuletzt an der Reaktion kenntlich, die darauf von russischer Seite folgt. Den britischen Vorstoß beantwortet Russland mit einer expliziten Drohung, britische Ziele auch außerhalb der Ukraine anzugreifen. Getrennt von dieser expliziten Benennung feindlicher Zie-

le reagiert die russische Regierung auf die gesamten westlichen Eskalationsschritte, unter denen sie auch noch polnische Vorstöße, US-Atomwaffen in Polen zu stationieren, und die Stationierung amerikanischer Kurz- und Mittelstreckenraketen rund um Russland nennt, mit einer öffentlich gemachten Übung des Einsatzes taktischer Atomwaffen:

„Wir hoffen, dass diese Übung die ‚Hitzköpfe‘ in den westlichen Hauptstädten abkühlt, ihnen die möglichen katastrophalen Folgen der von ihnen verursachten strategischen Risiken vor Augen führt und sie davon abhält, das Kiewer Regime bei seinen terroristischen Aktionen zu unterstützen und sich auf eine direkte bewaffnete Konfrontation mit Russland einzulassen.“ (Erklärung des Außenministeriums der Russischen Föderation, 8.5.24)

Mit dieser Übung unterhalb der Stufe der strategischen Atomwaffen wird die Fähigkeit zur schrittweisen Eskalation auch in dieser Waffenkategorie dokumentiert. Damit verleiht die russische Macht ihrer abschreckenden Warnung vor immer weitergehenden kriegerischen Übergriffen auf ihr Land deutlich mehr Glaubwürdigkeit als mit der Erinnerung an ihre Verfügung über die Waffen des nicht mehr hinnehmbaren finalen strategischen Schlagabtauschs. Sie demonstriert so ihre Potenz, die weitere Eskalation des Krieges effektiv zu gestalten.

So geht das Ringen um die Dominanz bei der Eskalation des Krieges, die den Gegner zum Innehalten und Aufhören zwingen soll, einmal begonnen, seinen Gang.

## Zur Reform der Bürgergeldreform

Kaum eine Zehnteldekade nach Umsetzung ihrer „Jahrhundertreform“ verspürt die sozialdemokratische Regierungspartei dringenden Korrekturbedarf am Bürgergeld.

Da muss zunächst die Frage erlaubt sein, welche ökonomischen Charaktere in diesem sozialpolitischen Nest eigentlich sitzen, das erst neulich von der bürgerfreundlichen Partei neu zurechtgemacht worden ist und das jetzt abermals reformiert gehört. Nach offizieller Auskunft finden sich unter den Beziehern Langzeitarbeitslose, Aufstocker und eine erkleckliche Anzahl an ukrainischen Kriegsflüchtlingen.

Bei ersteren handelt es sich um eigentümliche Figuren, nämlich um Opfer des kapitalistischen Fortschritts. Wovon sie sozial betroffen gemacht sind, ist immerhin der Umstand, dass für die Erwirtschaftung des gesellschaftlichen Reichtums kontinuierlich weniger Arbeitsaufwand erforderlich ist. Und das ist gerade für diejenigen, auf deren Potenz zur Arbeit es darum weniger ankommt, alles andere als eine gute Nachricht. Denn sie sind und bleiben in Fragen ihres Lebensunterhalts in der Lohnabhängigkeit verhaftet, auch wenn sie nicht länger einem Bedarf der Unternehmerschaft nach lohnender Arbeit zuzuführen sind. Dieser Widerspruch hat Methode: Der von den Unternehmen kontinuierlich betriebene Fortschritt steht schließlich im Dienste ihres Profits, bemisst sich also gerade daran, dass sie sich der Kosten von möglichst viel bezahlter Arbeit – also möglichst viel proletarischem Lebensunterhalt – entledigen, und das bei gleichzeitiger Steigerung der Erträge aus der übrig gebliebenen, einstweilen weiterhin lohnenden Arbeit. Jede Verbesserung der Produktivität in ihren Fabriken und Büros hat sich daran zu bewähren, ob sie mehr Lohnkosten einzusparen verspricht, als der Fortschritt selbst dem Unternehmen an Investitionskosten verursacht. So wird im Kapitalismus systematisch Arbeitsaufwand eingespart, um ihn zugleich an lohnender Stelle in die Höhe zu treiben. Dass dabei in einer atmenden Konjunktur flexibel auszugestaltender Beschäftigungsverhältnisse, die das zeitweilige Einstellen und Rauswerfen von Arbeitskräften zur Normalität von deren proletarischen Lebensentwürfen werden lassen, mit Notwendigkeit eine dauerhafte Restgröße einer arbeitslosen Mannschaft herauskommt, die zwar alternativlos auf Erwerbsarbeit als ihre Einkommensquelle angewiesen bleibt, aber zugleich für die Produktion des gesellschaftlichen Reichtums erfolgreich und nachhaltig überflüssig gemacht worden ist – das mag für diese Leute selbst ein ziemlicher Widerspruch sein, und eine absurde Eigenart der kapitalistischen Produktionsweise ist es obendrein. Damit ist es aber ganz sicher nicht das Problem der Unternehmerschaft, unter deren Regie dieser als exklusives privates Eigentum geschaffene

Reichtum erarbeitet wird und deren Nutzen aus der Benutzung fremder Arbeit gerade so seinen erfolgreichen Gang geht.

Bei zweiteren handelt es sich ebenfalls um Opfer des kapitalistischen Fortschritts, auch wenn sich für sie im Unterschied zu den Arbeitslosen der Widerspruch ihrer Erwerbsquelle ein wenig anders darstellt: Sie müssen nicht nur, sie dürfen glatt weiterhin für den Profit ihrer Arbeitgeber arbeiten – und tun das subjektiv auch nur, weil ihre Arbeit in fremden Eigentumsdiensten für sie selbst ein Lebensmittel hergeben soll. Zu Beziehern von Bürgergeld werden sie, weil genau das für sie nicht aufgeht: Sie können mit ihrer Arbeit kein ausreichendes Auskommen für sich bestreiten. Auch diese Eigentümlichkeit ist ein notwendiges Phänomen der kapitalistischen Rechnung mit der Lohnarbeit, die sich für die Arbeitgeberseite umso mehr lohnt, je weniger sie sie kostet und je mehr sie zugleich in der bezahlten Arbeitszeit leistet. Ganz viel Arbeit unter den Rechtskategorien von ‚Minijobs‘ und ‚Teilzeit‘, natürlich zu möglichst niedrigen Löhnen, gehört daher ganz selbstverständlich zum kleinen Einmaleins zeitgemäßer Erfolgsrezepte der deutschen Unternehmerschaft. Dass für die Arbeitnehmerseite dabei der Widerspruch herauskommt, alternativlos auf Erwerbsarbeit als Einkommensquelle angewiesen zu sein und zu bleiben, darin sogar erfolgreich ausgenutzt zu werden, und davon dennoch nicht leben zu können, das ist selbstverständlich ebenfalls nicht das Problem derer, die sich die Lohnverhältnisse, arbeitsmarktpolitisch bekräftigt, gerade auf die Weise passend für sich hergerichtet haben.

Und letztere? Die haben mit alledem zwar auf den ersten Blick nichts zu tun: Sie sind ja ohnehin nicht hier, weil das deutsche Kapital nach ihnen verlangt oder sie abgestoßen hätte; und Bürgergeld erhält diese auserwählte Subspezies der Sozialfälle mit ausländischer Staatsbürgerschaft allein aufgrund des politischen Beschlusses, die Opfer unseres russischen Feindes nicht mit Sachleistungen abzuspeisen, wie man es mit sonstigen Schutzsuchenden am liebsten zu machen pflegt. Nützlich für das deutsche Kapital sind sie in gewisser Weise dennoch, und das sogar in zweifacher Hinsicht. Indem sie, im Unterschied zu anderen Flüchtlingen explizit arbeitsberechtigt, dem Heer der Arbeitslosen zugeschlagen werden, bieten sie der hiesigen Unternehmerschaft eine bequeme zusätzliche Auswahl an bei Bedarf frei ausnutzbaren Billigarbeitskräften. Und allein durch ihre schiere Anwesenheit, selbst wenn sie nicht benutzt werden, vergrößert sich die unternehmerische Macht zum Herabdrücken des Lohnniveaus.

Die politische Hoheit befasst sich in Gestalt ihres Sozialstaates mit diesen Produkten des kapitalistischen Fortschritts – unter dem Gesichtspunkt sozialer Problemlagen, in denen sich Betroffene befinden und die sie ihrem Staat damit bereiten. Es liegt im Pragmatismus dieses hoheitlichen Blicks auf die Sache, dass darin die notwendig falsche Gewissheit eingeschlossen ist, die Arbeitslosen und Sozialfälle hätten – gerade dann, wenn man ihnen in ihrer Lage helfen will – an sich etwas zu korrigieren, das ihre nachhaltige Beschäftigung offenbar so nachhaltig und hartnäckig verhindert.

Diese sozialpolitische Grundweisheit kennt im Wesentlichen zwei Gesichtspunkte, die seit jeher in je unterschiedlicher Gewichtung die hoheitliche Aufgabe der Erwerbslosenbetreuung bestimmen. Und kaum sind die Sozialdemokraten mit ihrem Hartz-IV-Trauma darauf gekommen bzw. haben es in der Ampelregierung schließlich umsetzen können, dass in puncto ‚Fördern‘ und ‚Fordern‘ ein Paradigmenwechsel ansteht, der ein bisschen vergleichsweise Freundlichkeit und Zugewandtheit der Sozialämter für ihre Sozialfälle vorsieht, sind sie sich jetzt die Korrektur dieser Korrektur schuldig: Kaum abgeschafft bzw. abgemildert, sollen die Sanktionen für ‚kooperationsunwillige Arbeitslose‘ wieder hochgefahren und die Maßstäbe für als zumutbar geltende Arbeit verschärft werden. So wird von der SPD die eine Konnotation des notwendig falschen Standpunkts der Sozialpolitik gegenüber dem Problem der Arbeitslosigkeit und seiner Figuren, wonach man ihnen durch freundlichen Respekt den Weg in die Selbstständigkeit durch Arbeit ebnet – als hätten sie die Bedingungen ihrer nützlichen Verwendung durch die Unternehmerschaft überhaupt irgendwie selbst mit ihren Fähigkeiten und ihrem Mindset in der Hand –, im Namen der anderen kritisiert: Die falsche, viel zu lasche Arbeitslosenbetreuung verhätschelt die Leute und gilt damit ihrerseits als ein von der Politik selbst verschuldetes Beschäftigungshindernis; stattdessen braucht es das Gegenteil: mehr Zwang und Nötigung als die einzig wahren Mittel gegen das Nichtsnutzertum.

Auch diese Eingebung ist wahrlich nichts Neues. Dass die Sozialdemokraten damit dem schon lang und breit von den Christdemokraten und Liberalen ventilerten Komplementärstandpunkt gegen ihre Reformvorhaben folgen, meinen sie jedoch nicht; vielmehr bestehen sie auch bei der Revision ihrer Reform darauf, exakt das, was sie sich jetzt vornehmen, dem Bürger und seinem gesunden Anstandsempfinden abgeläutert zu haben, dem sie entsprechen wollen. Nach Auskunft seiner Erfinder erleben nämlich die vielen kleinen Leute das Bürgergeld überhaupt nicht als die Respektsbekundung, als die es gemeint war. Nicht etwa, weil es ihnen zu wenig bieten würde: Es sei im Gegenteil ge-

rade darin eine einzige Respektlosigkeit gegenüber ihnen, ihrer harten Arbeit und ihrem Bemühen, davon zu leben, wenn andere es einfach so kriegen. Also besinnt die SPD sich darauf, Partei der Arbeit statt Partei der Arbeitslosigkeit sein zu wollen. Zum Glück handelt es sich bei ihrem Bürgergeld um ein „lernendes System“, das sich von den politischen Sachwaltern nachsteuern lässt...

\*

Zu allem Überfluss läuft diese gehässige sozialpolitische Gerechtigkeitsdebatte zwischen den Entscheidern – mit ihrem fleißigen und anständigen Volk in der Rolle als Echokammer und Berufungsinstantz – im Lichte von Haushaltsstreitereien ab, die in einer reifen Demokratie wie der unseren ebenfalls immerzu stattfinden: Das Argument, dass die Sozialausgaben viel zu teuer sind, passt nicht nur in jede Konjunkturlage, sondern auch in jede Phase der Legislatur und in jeden Abschnitt des Fiskaljahres.

Der linke SPD-Mann Stegner weist in der Debatte gegenüber den freiheitlich-christlichen Stimmen, die zum Sparen mahnen und ihrerseits das Bürgergeld schleifen wollen, darauf hin, dass die gegenüber Hartz IV weggefallenen Sanktionen und Leistungskürzungen rechnerisch einen verschwindend geringen Kostenunterschied ausmachen, vor allem in Anbetracht der im Vergleich zu den „wenigen notorischen Verweigerern“ viel größeren Masse von Aufstockern und Ukrainern. Wenn man wirklich etwas gegen die hohen Sozialkosten tun will, dann löse man solche Probleme doch eher über bessere Löhne, die nicht zum Aufstocken zwingen. Auch ein schöner Gedanke, den seine Widersacher natürlich sofort als absurd zurückweisen: Sparen, indem man ausgerechnet die Wirtschaft noch mehr belastet? Anstatt diejenigen ranzunehmen, die dem Staat diese Kosten mit ihrem Lebenswandel verursachen?

Ein möglicher Ausweg aus der Debatte liegt darin, dass diese Kostgänger, wie eingangs erwähnt, ja bei Weitem nicht nur faule Deutsche sind. Im Gegenteil sind unglaubliche 47,3 % der Bürgergeldbezieher noch nicht einmal wirkliche Bürger unseres Staates. Nicht zuletzt im Lichte dieser Tatsache fragt man sich, wiederum angetrieben von CDU und FDP, dann schon, wie es mit den ganzen Ukrainern, die hier bei uns sind, anstatt ihrem Vaterland zur Seite zu stehen, und die hier noch nicht einmal arbeiten, künftig überhaupt weitergehen soll. Auch wenn die SPD davon – im Ausnahmefall der Ukrainer – einstweilen noch nichts wissen will: Die Gehässigkeit des Nationalismus verspricht immer wieder politische Abhilfe in Fragen sozialer Probleme.